

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 236.

Dresden, Dienstag den 12. Oktober 1909.

20. Jahrg.

Die Sozialdemokratie im Landtage.

III.

Von jeher haben die sozialdemokratischen Vertreter in der zweiten Kammer den Arbeitern und den unteren Angestellten in den Staatsbetrieben besondere Aufmerksamkeit geschenkt und jede Gelegenheit benützt, für Lohnverbesserungen, für Dienst- und Arbeitszeit und andere Verbesserungen zu streiten. Vor Jahresfrist haben sie sich der unteren Kammer anhangsweise in einem Antrag angenommen. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion forderte Genosse Vollmar die Jugendleitungsbeamten Bremserhäuser, bessere Aufenthaltsräume auf den Stationen, Verkürzung der übermäßigen Dienstzeit und regelmäßige freie Tage. Darnach schon später ist immer wieder versucht worden, eine Entlohnung der Eisenbahner und Werkstättenarbeiter durchzuführen. Bei jeder Gehaltsregulierung kritisierten die sozialdemokratischen Vertreter scharf, daß die unteren Angestellten mit Vorkasse, die oberen, gut bezahlten Beamten aber ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, Mehrfach forderten sie, die Zulagen für die höheren Beamten zu kürzen und den Unterbeamten, soweit sie weniger als 3000 M. im Jahre haben, die Zulagen zu erhöhen.

In jeder Landtagsession gab besonders der Eisenbahner- und Werkstättenarbeiter Fraktion die Eisenbahnerbetriebe zu erörtern. Regelmäßig benutzten die sozialdemokratischen Vertreter diese Gelegenheiten. So brachte jede Sitzung des Eisenbahnerausschusses eine sozialdemokratische Rede, worin durch erdrückendes Beweismaterial die Zustände im Eisenbahnwesen, worunter die Angehörigen der Eisenbahnen, am Licht gezogen wurden. Davon war aber nicht nur in den Jahren zu hören, wo sich sozialdemokratische Vertreter nicht mehr im Landtage befanden, weil man mit dem schmerzlichen Dreiklassenwahlrecht jede Arbeiterpartei im Landtage unmöglich gemacht hatte. Da fand sich immer, wer sich der Eisenbahner angenommen hätte.

Das wurde erst anders, als Genosse Goldstein in den Landtag kam. Er nahm sich energisch der Eisenbahner an. Im letzten Landtage wies er besonders nach, daß die Eisenbahner, daß die Teuerung um so mehr ansteige, je niedriger der Lohn oder das Gehalt sei, den die Eisenbahner erhalten. Er forderte eine Gehaltssteigerung von 3,1 Prozent für die Eisenbahner, während die besten Beamten 8 bis 10 Prozent Gehaltszulage erhalten hätten. Nachdrücklich trat er für die Forderung der Eisenbahner ein. Doch war hier die Haltung der Eisenbahner, daß nichts zu erwarten war. — Noch heute sind die Eisenbahnerpersonal Dienstzeiten von 12, 14, ja 16 Stunden der Tag. Dadurch wird die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Eisenbahner übermäßig angegriffen und die Gesundheit der Eisenbahner herabgesetzt. In Ueberfließen kann leicht ein Versehen mit furchtbaren Folgen unterlaufen.

Auch sonstige Mängel im Eisenbahnbetriebe sind von der sozialdemokratischen Seite scharf kritisiert und ans Licht gezogen worden. So wurden bessere Einrichtungen für die Eisenbahner in den Staatsbetrieben verlangt. Weiteres ist nun endlich erreicht worden.

Viel Aufsehen wird jetzt in einigen Wahlkreisen davon gemacht, daß auch einmal ein konservativer Abgeordneter einige eigens recht unbeholfen herbeigekochte Worte für die Eisenbahner in den Staatsbetrieben verloren hat.

Es sind deswegen die Eisenbahner veranlaßt worden, die sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfehlen. Es sind aber die sozialdemokratischen Abgeordneten schon viel früher und nachdrücklicher für die Eisenbahner eingetreten. Schon 1884 unterzog der sozialdemokratische Abgeordnete W e b e l die Lohnverhältnisse der Eisenbahner in einem Artikel, in dem er nachwies, daß die Eisenbahner von 300 und 400 M. im Jahre vorkommen. Unter Hinweis auf diese klägliche niedrige Entlohnung beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten, die Eisenbahner in den Staatsbetrieben, die jetzt besonders durch den konservativen Partei, dieselben, die jetzt besonders durch den Eisenbahner freiben gehen, die den Eisenbahner unterwerfen. Wehlich ist die bürgerliche Mehrheit der Eisenbahner in den Staatsbetrieben. Der Eisenbahner-Verband ist heute noch sehr unzureichend. Es würde eine der ersten Aufgaben der sozialdemokratischen Vertreter im Landtage sein, sich der Eisenbahner behaupten. Eisenbahner anzuerkennen, auch für sie Teuerungszulagen zu fordern. Oberbeamte und andere hohe Forstbeamte haben reichlich Zulagen erhalten, die Eisenbahner hat man mit weniger Pfennigen belohnt, obwohl sie die Teuerung am schlimmsten spüren. Wenn es gegen früher trotz alledem etwas besser geworden ist, so ist das in erster Linie die sozialdemokratische Kritik zu verdanken.

Weniger energisch haben sich die sozialdemokratischen Vertreter der Teuerung angenommen. Leider unterliegen diese noch heute der Landesgesetzgebung. Das sächsische Berggesetz bringt aber den Bergleuten schwere Nachteile, nicht weniger als das vom Knappschaftsgesetz. Schon 1880 brachte der sozialdemokratische Abgeordnete im Landtage eine

Reform des Berggesetzes, besonders auch eine Besserung des Bergschiedsgerichtsverfahrens. Zwei Jahre später brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf für ein neues Berggesetz ein. Darnach sollten vor allem den Bergarbeitern bessere Arbeitsverhältnisse, Pensionsansprüche und das Koalitionsrecht gesichert, die Willkür der Bergwerksbesitzer aber eingeschränkt werden. Den Bergleuten sollte auch eine Weiterversicherung in den Knappschaftskassen gesichert werden, wenn sie die Bergarbeitern verließen. Vor allem aber sollten Arbeiterkontrollen eingeführt und bei Streitigkeiten das Recht der Bergarbeiter gegen die Willkür der Grubenbarone gewahrt werden. Selbst bürgerliche Abgeordnete mußten zugeben, daß der Entwurf sehr beachtenswerte Gesichtspunkte enthalte. Dennoch ist er nicht Gesetz geworden, weil die bürgerliche Mehrheit nicht von einer Besserstellung der Bergarbeiter wissen wollte. Später allerdings ist es den Sozialdemokraten doch gelungen, einige der aufgestellten Forderungen durchzuführen.

Im letzten Landtage ist das sächsische Berggesetz einer Änderung unterzogen worden; ein ganz neues Berggesetz will man geschaffen haben. Tatsächlich hat man manches geändert, aber so gut wie nichts gebessert. Bei dieser umfangreichen gesetzgeberischen Arbeit hat der einzige Sozialdemokrat im Dreiklassenparlament, Genosse Goldstein, seine letzten Kräfte aufgewendet, für das Wohl der Bergarbeiter zu wirken und die von den organisierten Bergarbeitern eingegangenen Anträge und Forderungen zu verteidigen. Jeden einzelnen der 40 Anträge hat er in der Deputation begründet, bis ihn die Ueberanstrengung aufs Krankenlager warf. Leider sind von der bürgerlichen Mehrheit fast alle Forderungen der Bergarbeiter niedergestimmt worden. Nicht einmal die Arbeiterkontrollen hat man ihnen gewährt, obwohl die entsetzlichen Grubenkatastrophen der letzten Zeit eine furchtbare Mahnung waren, für die Sicherheit in den Gruben ausreichend zu sorgen. Ein wertloses Surrogat einer Arbeiterkontrolle hat man nur zurückerlassen; die Bergwerksbesitzer selbst sollen Kontrollen aus Arbeiterkreisen anstellen. So haben es sich die Grubenbarone gewünscht. Dann haben sie ja die Arbeiterkontrollen in der Hand, sie können sie auf alle Pflaster werfen, wenn sie Mißstände bloßlegen und für bessere Sicherheitsvorrichtungen eintreten. Gerade bei der Änderung des Berggesetzes hat sich aufs neue gezeigt, daß die einzigen Vertreter des schaffenden Volkes nur die Sozialdemokraten sind; die bürgerlichen Vertreter haben sich dagegen sowohl hier wie bei anderen Fragen als Feinde der Arbeiter offenbart, die nur darauf bedacht waren, den Wünschen der Unternehmer nachzukommen.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Sozialdemokraten auch der Armenfürsorge gewidmet, die heute sehr im argen liegt, besonders deshalb, weil sie ganz den Gemeinden überlassen ist, die zumeist nicht die nötigen Mittel haben, für ihre Armen genügend sorgen zu können. Die ärmsten Gemeinden haben in der Regel die meisten Armen, sie werden daher auch am schlimmsten durch die Ausgaben für die Armenpflege belastet, während reiche Bauerngemeinden und Villenorte die Armenlasten kaum fühlen. Unter der ungleichen Belastung leidet die Armenpflege außerordentlich. Von jeher haben sozialdemokratische Vertreter im Landtage dahin gewirkt, diese argen Mißstände zu beseitigen. Schon 1880 forderte sie, indem er in einer Rede die Mängel der heutigen Armenpflege wirkungsvoll ans Licht zog.

Noch den letzten Landtag beschäftigte eine Petition der sozialdemokratischen Partei Sachsen, die von zahlreichen Gemeinderäten unterstützt worden war, die nochmals dieselbe Forderung an den Landtag richtete, die früher schon vielfach von sozialdemokratischer Seite versucht worden war. Leider sind bisher alle Bemühungen erfolglos gewesen. Unverändert bestehen die Mißstände noch fort, werden aber immer drückender. Es wird einer starken Vertretung des werktätigen Volkes im Landtage bedürfen, diese wichtige Kulturfrage zu lösen, um endlich eine ausreichende Armenfürsorge zu erreichen.

An wenigen Beispielen haben wir nachgewiesen, daß die Sozialdemokraten im sächsischen Landtage mit allen Kräften für das Wohl und Recht eingetreten sind, während die bürgerlichen Vertreter die Sonderwünsche der besitzenden Klasse berücksichtigen haben. Vor allem fehlt das sozialpolitische Bewußtsein im Landtage, wenn keine Sozialdemokraten darin sitzen. Das schaffende Volk ist ohne politische Vertretung, die politische Bewegungsfreiheit und das Recht hat keine Vertreter. Aus alledem ergibt sich für die Arbeiter aus dem werktätigen Volke die dringende Mahnung:

Wählt Sozialdemokraten!

Der Kern des Schnapsblocks.

Wenn die Nationalliberalen jeherzeit für sich die sonderbare Ehre in Anspruch nahmen, der Kern des „nationalen Blocks“ zu sein, so können sich die Antisemiten deutsch-sozialer und deutsch-reformerischer Richtung mit noch viel größerem Recht als Kern des neuen Schnapsblocks bezeichnen. In der sogenannten christlich-nationalen Arbeiterbewegung war ja die Kooperation der protestantisch-konservativen Elemente des industriellen Westens mit dem vom Zentrum geleiteten Teil der katholischen Arbeitererschaft schon zu einer Zeit im Gange, als offiziell und scheinbar zwischen Zentrum und Konservativen noch die bitterste Feindschaft herrschte. „Christliche Arbeiterführer“ waren es, die bei der konservativ-ultramontanen Paarung den Suppler spielten, und antisemitische Abgeordnete haben das meiste dazu beigetragen, eine Einigung über die neuen Bier-, Tabak-, Branntwein-, Zündhölzchen-, Glühlampen- und sonstigen Steuern auf Grund einer konservativ-ultramontanen Verständigung herbeizuführen.

Der vollständige moralische Zusammenbruch, den diese Mittlergruppe zwischen dem Zentrum und der Rechten in den letzten Wochen und Tagen erfahren hat, ist daher politisch von ziemlich weittragender Bedeutung. In jener Mittlergruppe verlor sich der letzte Versuch, die Ideen der Reaktion den breiten Massen durch demagogische Verschönerung mundgerecht zu machen. Bierismus, Hyazinthismus, Judenhetze und schwindelhafte Mittelstandsrettung sind die Todfeinde, die das Stadtbild in das politische Garn evangelischer und katholischer Junken locken sollen. Kampf gegen Unästhetik und Korruption stand auf den Fahnen geschrieben, die die Herren Schack und Bruhn dem stauenden Volke vorantrugen. Jetzt hat — am letzten Sonntag — ein Vertrauensmännertag der deutsch-sozialen Partei das traurige Fazit aus dem traurigen Fall Schack gezogen, und ein paar Stunden darauf wurde in Berlin der würdige Mitarbeiter des schon zuvor moralisch völlig vernichteten Herrn Bruhn wegen gemelter Erpressung zu anderthalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Nichts liegt der Sozialdemokratie ferner als die Moralität und die Erweckung etwa der Vorstellung, daß jedermann durch Eintritt in die sozialdemokratische Partei aller Menschlichkeiten ledig und vor allen Ansehungen geschützt sei. Aber ist jene heuchlerische Moralität nicht eben von jener anderen Seite geradezu zum Geschäftsprinzip erhoben worden? Wer auf dem Arbeitsmarkt unerfahrene Opfer zu Zwecken pervertier Prostitution sucht, oder wer seine publizistische Tätigkeit durch „Wahrheits“-Praktiken schändet, ist ein Lump, und jede anständige Gesellschaft, die das Anglied hat, mit einem solchen Material besetzt zu werden, wird sich beeilen, ihn mit Höllelein auszubrennen. Aber wenn der Lump Mordchensänger außerdem als Sittensrichter und der Lump Erpresser als Bekämpfer der Korruption auf der öffentlichen Bühne tragiert hat, und wenn dann noch gar obendrein, nachdem diese Ehrenmänner vor der Öffentlichkeit splitternacht ausgezogen worden sind, die ihnen nahestehenden Parteiorganisationen nicht den Willen oder die Kraft zeigen, solche Elemente abzuführen, dann wird aus einem privaten Maßstab ein ungeheurer parteipolitischer Skandal.

Nun hat der deutsch-soziale Vertrauensmännertag endlich viel zu spät, dahin resolved, daß für Herrn Schack die Niederlegung seines Reichstagsmandats notwendig geworden sei, aber auch jetzt wird der Zusatz beigefügt, diese Niederlegung werde erfolgen, sobald die ärztlichen Beobachtungen abgeschlossen sind. Für die Frage, ob Schack sein Mandat behalten kann, ist das Ergebnis dieser Beobachtungen völlig belanglos, denn Selbstgespräche, die man möglicherweise feststellen zu können hofft, legitimiert schließlich doch auch keinen zum Amte eines reichsdeutschen Abgeordneten, sondern kann ihn höchstens menschlich entschuldigen. Schack gehört auf keinen Fall mehr in den Reichstag und indem man seine Mandatsniederlegung nach Methoden Eulenburgischer Prozedur hinauszieht, bringt man trotzdem einen Reichswahlkreis um das Recht, im Reichstag auch wirklich vertreten zu sein.

Neben Schack hat aber der deutsch-soziale Parteilang noch ein anderes seiner Mitglieder um Niederlegung seines Mandats aufgefordert, und zwar geschah dies diesem Mitglied gegenüber ebenso barsch und kategorisch wie Herrn Schack gegenüber höflich und unbestimmt. Dieser andre, viel härter angefaßte Säufer hat zwar keine Triolenbrüste geschrieben, aber er hat als Sekretär des neugegründeten Bauernbundes den Kampf gegen den Bund der Landwirte aufgenommen. Die Behandlung des Falles währte auf dem deutsch-sozialen Tag beweist, daß die Verbindung zwischen Schackisten und Agrariern nicht minder innig ist als die zwischen Agrariern und Brühnisten. Auch der Bund der Landwirte, die deutsch-soziale Gruppe und die sogenannte deutsche Reformpartei bilden so eine Art politischer Triole.

Seinen Verdiensten um Junkertum und Großgrundbesitz, um Thron und Altar hat es ja auch der edle Wilhelm Bruhn zu danken, daß er sein stets einträgliches Spiel treiben durfte und noch immer treiben darf. Seine Freunde — auch Bruhn hat Freunde — werden wahrscheinlich sagen, daß erst das Ergebnis der von ihm angelegten Ehrenbeleidigungsprozesse abgewartet werden müsse, ehe über seine etwaige Mandatsniederlegung entschieden werden kann. Auch das ist vollkommen falsch. Die Beobachtung, dem Führer der deutschen Reformpartei seien Dinge nachzuweisen, durch die er sich das Büchlein verdient habe, mag zu weitgehend und unbeweisbar sein. Deswegen bleibt aber doch Bruhn der moralisch verantwortliche und materiell interessierte